


PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow
Februar 2026

Datum: 02/26	Medium: Bucher Bote
 <p>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</p>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Politik hautnah erleben...

*... bei einer Führung durch das Abgeordnetenhaus!
Im Anschluss tauschen wir uns aus.
Interesse geweckt?
Dann melden Sie sich bei mir!*




Joh. Kraft
Ihr Johannes Kraft

Für Buch. Für Buchholz. Für Karow.
030/943 96 916
kraft@johannes-kraft.de 

■ Fragen zu Reha und Rente

FRZ. BUCHHOLZ – Sie haben Fragen zu Rente oder Reha? Egal, ob es um Renteneintritt, Ansprüche oder Reha-Leistungen geht, der Experte Lars Meissner von der Deutschen Rentenversicherung hilft weiter und berät individuell. Nächster Termin: Do, 19. 2., 16–18 Uhr im CDU-Kiezbüro in der Berliner Straße 5.

Datum: 02/26	Medium: Bucher Bote
 <p>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</p>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft



»Unser Herz schlägt für Karow«

Die Karower Bürgerstiftung und was sie bislang erreichte

Die Karower Bürgerstiftung ist erwachsen geworden. Im Frühjahr Doch erst im Mai 2025 hatten die Akteure alle bürokratischen rechtlichen Hürden überstiegen – ihre Stiftung ist nun vom Land Berlin anerkannt worden und damit eigenständig. Seit Dezember vergangenen Jahres gibt es endlich auch das Stiftungskonto. Es war ein langer Weg. Marcel Chartron und Johannes Kraft können davon ein Lied singen. Im Jahr 2028 war es, als die beiden regional sehr verwurzelten Freunde im früheren Irish Pub in Alt-Karow saßen und darüber sinnierten, wie man effektiv etwas »für Karow« tun könnte. Irgendwann an diesem Abend war dann die Bürgerstiftungsidee geboren. »BB« sprach mit den Gründern und Vorstandsmitgliedern.

BB: Hätten Sie je gedacht, dass es eine so kräftezehrende Angelegenheit werden würde, als Sie vor 18 Jahren die Stiftung gründeten?
Marcel Chartron: Nein, nicht im Leben. Die bürokratischen Hürden sind so extrem hoch, da ist eine Vereinsgründung ein Kinderspiel dagegen. Begonnen haben wir mit einer Treuhandstiftung und sind langsam gewachsen. Als wir im Mai endlich die Anerkennung des Landes bekamen und aufatmen wollten, tat sich ein zweites Hindernis auf: die Eröffnung eines Stiftungskontos. Es gibt ein Transparenzregister, in das man eingetragen werden muss. Das hat sich ein halbes Jahr hingezogen. Nun ist alles geschafft.

Johannes Kraft: Es war ein jahrelanger, umfangreicher und kräftezehrender »Kampf« mit den Mühlen der Verwaltung. Wir haben schlechte Erfahrungen mit der Stiftungsaufsicht des Landes Berlin gemacht. Üblicherweise lassen Kommunen solche Ortsteilstiftungen ab einem Stammkapital von 25.000 Euro zu. In Berlin waren es 50.000 Euro. Dann wurde es noch mal erhöht auf 100.000 Euro. Aber das war gar nicht mal das Hauptproblem, sondern die Bürokratie bei der Stiftungsaufsicht. Wenn Marcel nicht so einen langen Atem gehabt hätte, ich glaube, wir hätten aufgegeben. Wir haben Rechtsanwältin beschäftigt, um die Sache zu klären und hier

geschrieben: Immer wieder änderte sich etwas, fehlte in der Sitzung oder beim Stiftungszweck. Wir haben ja in den vergangenen Jahren schon Projekte in Größenordnung umgesetzt, nicht nur Geld gegeben, sondern auch ehrenamtliche Arbeitsleistungen abgeliefert. Es war verückt: einerseits wollen wir mit privaten Geldern unsere Stifter etwas Positives für den Ort tun, andererseits warf man uns Knüppel zwischen die Beine.

BB: Warum sollte es eine Bürgerstiftung und kein Verein für Karow sein?

Marcel Chartron: Wir sind sehr breit aufgestellt und können alles, was dem Gemeinwohl Karows zugute kommt, unterstützen oder fördern. Das ist ein Vorteil.

Johannes Kraft: Als Stiftung ist man viel freier als ein Verein. In Karow gibt es bereits zahlreiche Vereine. Nicht alle agieren gemeinsam, manchmal auch gegeneinander. Alle wollen ja etwas Positives für Karow, aber eine Stiftung ist keine Konkurrenz um Fördergelder. Sie agiert unabhängig.

BB: Wie genau funktioniert eine Bürger-



Gründer Marcel Chartron (r.) und Johannes Kraft: »Unser Herz schlägt für Karow«.

stiftung, woher stammt das Geld, das Sie verteilen?

Marcel Chartron: Eine Bürgerstiftung ist eine Stiftung von Bürgern für Bürger. Grundlage ist das Stiftungsvermögen, mittlerweile über 170.000 Euro. Wir versuchen, in diesem Jahr die 200.000-Euro-Marke zu knacken. Momentan sind wir 30 Stifter. Ab einer Summe von 500 Euro sind die Zustifter in der Stiftungsverammlung für 5 Jahre stimmberechtigt. Die Zinsen aus dem Stiftungskapital werden für Gemeinwohl-Projekte verwandt, das sind etwa 6–8.000 Euro im Jahr. Aber auch Spenden sind möglich, sie können direkt für Projekte genutzt werden.

BB: Was haben die Stifter davon, ihr Geld zu geben?

Johannes Kraft: Unter unseren Stifterinnen und Stiftern sind Menschen aller Couleur, auch Karower Firmen und Handwerksbetriebe sind vertreten, ich nenne nur Andreas Stoye (PaechElektro), Leuendorff GmbH, Martin Schulz (Allianz). Ihnen liegt das Wohl Karows am Herzen. Viele sind alteingesessen, alle wollen etwas Sinnvolles tun. Nicht zuletzt ist es auch Werbung für sie.

BB: Was hat die Bürgerstiftung bislang schon bewegt?

Marcel Chartron: Da weiß ich gar nicht, wo ich anfangen soll. Eines unserer ersten Projekte war die Stiftungswiese am Hofzeichendamm, die wir nutzbar gemacht haben. Nach der Wende gab es dort einen Autohändler. Nach Gesprächen mit dem Bezirksamt sind wir aktiv geworden, haben den Beton entfernt, Bäume gepflanzt, den Zaun beseitigt. Nun ist es eine öffentliche Grünfläche, auf der noch einiges passieren soll.

Johannes Kraft: Städtebauliche Missstände in Karow haben uns mobilisiert. Wir sind durch Karow gezogen und haben gesagt, hier sieht es ja furchtbar aus, das wollen wir verändern. Neben der Stiftungswiese war das z. B. der Danewendplatz oder die Ecke an der Lanker Straße. Die Stiftungswiese war für uns auch ein Symbol für den Übergang von Alt- zu Neu-Karow, wir wollten ihn zum Ort der Begegnung machen. Mehrere tausend freiwillige Arbeitsstunden stecken da drin – von uns Stiftern, aber auch anderen Bürgern, die hier mit Hand angelegt haben. Direkt auf der Wiese sind in diesem Jahr weitere Bänke geplant und vier Obstbäume sollen hinzukommen.

Marcel Chartron: Außerdem platzieren wir dieses Jahr gegenüber der Stiftungswiese vor der Kita eine Bücherbox in ei-

ner alten (gelben) Telefonzelle, die wir noch in der Stiftungsfarbe – grün – anstreichen wollen.

Johannes Kraft: Auch der Danewendplatz und das Areal an der Lanker Straße waren sehr vermüllt und zugewachsen. Als erstes haben wir die Flächen wieder betretbar gemacht, einen Weg angelegt, Mülleimer aufgestellt und Bänke besorgt. Am Danewendplatz haben jetzt auch Anwohner die Pflege übernommen. Sie fühlen sich mitverantwortlich für ein schönes Wohnumfeld. Es treffen sich da Kita-Gruppen oder Yogakurse.

BB: Ein Projekt ist auch die Verkehrsschule in Neu-Karow?

Marcel Chartron: Vor etwa acht Jahren gab es an der Achillesstr. / Zum Kappgraben diesen vermüllten Parkplatz ohne jede soziale Kontrolle. Wir übernahmen als Stiftung diese Fläche, zahlen Geld ans Land Berlin, geben die Fläche aber den Karowern. Man kann sich mit einer Spende für das Parken beteiligen. Wir erzielen keine Gewinne, ein Teil des Parkplatzes wurde in einen Verkehrsgarten umgewandelt, der von der Kita und dem Familienzentrum genutzt wird.

Johannes Kraft: Wir unterstützen auch das Schülerforschungszentrum am Robert-Havemann-Gymnasium und ihre anspruchsvollen astronomischen Projekte, bei denen sie Messungen vornehmen, in die Milchstraße schauen, mit der Natur kooperieren und vieles. Auch Karower Sportvereine haben wir bei kleineren Anschaffungen unter die Arme gegriffen oder zum Kulturförderkreis Phoenix haben wir Kontakt.

Marcel Chartron: Außerdem wollen wir 2026 einen Rundweg mit 16 alten Hofzeichen von Karower Gehöften installieren, beginnend am Hofzeichendamm bis in den Dorfkern. Mit der Denkmalkommission sind wir da im Gespräch. Dass die alte Schmiede in Karow zum Denkmal wurde, ist unserem Engagement zu verdanken. Und wir unterstützen die Herausgabe eines Buches über das historische Karow von Dr. Klaus Paatzsch, der ja auch im »BB« seine Texte veröffentlicht. Nicht zuletzt soll in diesem Jahr eine Streuobstwiese an der Busonistraße, Richtung Auepark, entstehen. Dafür suchen wir künftige Paten. Es gibt noch viel zu tun. Wir freuen uns über Unterstützer!

Das Gespräch führte: Kristiane Spitz

Wünsche, Ideen, Spenden oder Zustiftungen: Alt-Karow 28, Tel. 0176/709 33 579, info@buergerstiftung-karow.de

Datum: 07.02.26	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Manuela Anders-Granitzki

Kinder und Eltern empört: Spielplatz abgerissen

Der einzige größere Platz im Tiroler Viertel hat keine Spielgeräte mehr

Laura Wagener

Pankow. Der Spielplatz auf dem Brennerberg ist eine zentrale Anlaufstelle für Familien im Tiroler Viertel. Kletterte man die Treppen auf den großen Hügel hinauf, wurde man bisher mit einer großen Wiese und Spielgeräten belohnt, darunter Rutsche, Klettergerüst und Drehscheibe. Mehrere Kitas im Viertel nutzen den Brennerberg als Spielfläche, Schüler kommen nach Schulschluss, um sich auszutoben. So war es zumindest die vergangenen Jahre. Doch seit dem Herbst ist der Spielplatz verschwunden. Lediglich eine Drehscheibe und eine kleine Wippe sind auf der großen Wiese übrig geblieben. Alle anderen Geräte wurden vom Bezirksamt entfernt. Neue Spielgeräte gibt es nicht. Aber warum?

Auf Morgenpost-Anfrage teilt das Bezirksamt mit, die alten Spielgeräte seien mehr als 20 Jahre in Betrieb gewesen und „so stark durchgefault, dass eine Reparatur weder wirtschaftlich noch sicher gewesen wäre“. Gefährloses Spielen sei damit nicht mehr möglich gewesen, der vollständige Abbau die einzige Option. „Ein Ersatz kann erst in Angriff genommen werden, wenn ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Dies ist zurzeit nicht der Fall.“

Für Hunderte Kinder im Tiroler Viertel bedeutet das, dass sie sich bis auf Weiteres mit einer einzelnen Drehscheibe und einer Wippe zufriedengeben müssen. Oder sich auf den Weg zu weiter entfernten Spielplätzen wie am Armimplatz oder an der Masurenstraße machen müssen. Doch das wollen sie



Kinder aus mehreren Kitas und Schulen fordern neue Spielgeräte für den Brennerberg.

Joerg Carstensen / FUNKE Foto Services

nicht akzeptieren. Mit selbst gemalten Schildern und ihren Eltern im Schlepptau demonstrierten sie kürzlich gegen den Abbau der Spielgeräte. Sie fordern die Bezirkspolitik, insbesondere die für Grünanlagen zuständige Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU), auf, den Spielplatz mit neuen Spielgeräten auszurüsten. Unterstützt werden sie dabei von der SPD-Fraktion in der BVV sowie der Gruppe der FDP.

Zwei Mädchen namens Luise besuchen die 3. Klasse der Bornholmer Grundschule. Freitags hätten sie immer einen Ausflug mit der Schule zum Spielplatz gemacht – „jetzt fällt das aus“. Auch Paula und Finja sind traurig, dass die Spielgeräte abgebaut wurden. Beide besuchen die 4. Klasse der nahe


gelegenen Klecks-Grundschule. „Ich finde es richtig doof. Mein Cousin kommt mich häufig in Berlin besuchen – und ich will, dass er dann auch Platz zum Spielen hat“, erzählt Finja. „Mir tut es leid für die jüngeren Kinder. Es gibt immer weniger Spielplätze. Ich glaube, deshalb gucken auch alle auf ihr Smartphone“, sagt Paula. Sowohl Finjas als auch Paulas Familie lebt in Wohnungen ohne Garten. Aktuell nutzen sie den Kiez-Klub in der Brixener Straße als Alternative. Dort kommen seit dem Abbau des Spielplatzes viel mehr Kinder vorbei, sagt Bernhard Keller. „Der Klub kann das nicht abfedern.“

Sandra Scheeres (SPD), deren Kinder früher die Klecks-Grundschule am Brennerberg besucht haben, weiß um die Bedeutung des

Spielplatzes für die Familien im Viertel. Dass die Spielgeräte aus Sicherheitsgründen abgebaut wurden, findet die ehemalige Bildungssenatorin in Ordnung. „Aber nur abzubauen, ist ein Skandal.“ Das Bezirksamt macht Hoffnungen darauf, dass der Spielplatz bald in neuem Glanz erstrahlen könnte – doch bis es so weit ist, dürfte noch viel Zeit vergehen.

Ein Sprecher teilte der Morgenpost mit, dass sich die Fläche auf dem Brennerberg im neuen bezirklichen Fördergebiet „Pankow Süd“ befinde. In Abstimmung mit dem Stadtentwicklungsamt sei die Grünanlage inklusive Spielplatz als Starterprojekt für das Programm „Nachhaltige Erneuerung“ identifiziert worden. Die Planungen sollen Anfang 2027 beginnen.

„Der Abbau des Spielplatzes schmerzt mich sehr“, so Stadträtin Anders-Granitzki. „Gerade für Kinder und Familien ist er ein wichtiger Ort der Begegnung und des Spielens. Ich bedaure diesen Schritt ausdrücklich. Trotz der Haushaltssperre setze ich alles daran, schnell eine tragfähige Lösung zu finden. Unser Ziel ist es, den Kindern so bald wie möglich wieder einen sicheren und lebendigen Spielort zur Verfügung zu stellen.“ Wie der in der Vorstellung der Kinder aussehen soll, wissen die genau: Ein neues Klettergerüst muss her, außerdem eine Rutsche sowie eine Schaukel – „weil die gab es hier vorher nicht“, sagen die beiden Luise. Finja wünscht sich eine Nestschaukel „und mehr für alle Altersgruppen“.

Datum: 10.02.2026	Medium: Stern
	Autor: dpa Thema: Dirk Stettner

Winterdienst in Berlin

CDU und SPD wollen schärfere Kontrollen bei der Räumspflicht



Beim Winterdienst lief in den vergangenen Wochen in Berlin nicht alles rund. (Archivbild) Foto
© Sebastian Christoph Gollnow/dpa

Spiegelglatte Gehwege, zahlreiche Unfälle - welche Konsequenzen soll das haben? Eine grundsätzliche Neuorganisation beim Winterdienst ist in Berlin noch nicht abzusehen.

Beim Winterdienst in [Berlin](#) muss es nach Überzeugung der Abgeordneten der Regierungskoalition künftig einheitliche Standards geben. Das geht aus dem gemeinsamen Antrag von CDU- und SPD-Fraktion hervor, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Er soll am Donnerstag im Abgeordnetenhaus beraten werden.

"Wir kümmern uns um Verbesserungen beim Winterdienst, insbesondere auf den Fußwegen", sagte [CDU](#)-Fraktionsvorsitzender **Dirk Stettner**. "Dazu bringen die Koalitionsfraktionen heute nach Beratung in den Fraktionen einen gemeinsamen Entschließungsantrag zur Evaluation des

Winterdienstes ein." Das Ziel sei, die bisherigen Regelungen zu überprüfen, Verbesserungen zu erreichen und Vorsorge für die kommenden Winter zu treffen.

[SPD](#)-Fraktionschef Raed Saleh ergänzte: "Berlin darf nicht von einer Krise in die nächste schlittern. Deshalb bleiben wir nicht bei Sofortmaßnahmen stehen, sondern haben die Regierung mit einer grundsätzlichen Reform beauftragt."

SPD war für noch mehr Änderungen

Nach der tagelangen, zum Teil gefährlichen Eisglätte auf Berliner Gehwegen in diesem Winter wird der Senat aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus eine Evaluation der Regelungen zum Winterdienst bis zum 1. Juni vorzulegen. Sie soll Grundlage für mögliche Reformmaßnahmen sein.

Im Detail sind CDU und SPD mit ihren Forderungen allerdings deutlich zurückhaltender als das, was in der SPD-Fraktion zuvor diskutiert wurde. Dort gibt es große Sympathie für viel weitreichendere Änderungen als nun absehbar sind.

Die Sozialdemokraten würden gerne den Flickenteppich beim Winterdienst beenden. Bisher ändert sich die Zuständigkeit für die Räumspflicht auf verschiedenen Abschnitten eines Gehwegs oft alle 50 Meter. Häufig werden jeweils unterschiedliche Räumdienste beauftragt.

In der Praxis wird die Räumspflicht zum Teil außerdem nicht eingehalten, die Gehwege sind abschnittsweise gar nicht geräumt. Wer für welchen Abschnitt verantwortlich ist, wissen häufig nicht mal diejenigen, die in der Straße wohnen.

Die SPD hatte sich daher bei internen Beratungen des Themas für eine stärkere Rolle der Berliner Stadtreinigung ([BSR](#)) bei der Organisation des Winterdienstes auch auf den Gehwegen ausgesprochen.

Kehrbezirke einrichten?

Außerdem können die SPD-Abgeordneten der Idee viel abgewinnen, den Winterdienst nach dem Prinzip der Bezirksschornsteinfeger zu organisieren. Danach wäre ähnlich wie bei den Kehrbezirken jeder Räumdienst für die Gehwege in einem bestimmten Gebiet zuständig. Das hatte auch der Fachverband Fußverkehr (Fuss e.V.) empfohlen. Die Kosten würden weiterhin die Grundstückseigentümer übernehmen. In der CDU soll es dafür wenig Applaus gegeben haben.

Der SPD-Spitzenkandidat für die Abgeordnetenhauswahl, Steffen Krach, sieht an der Stelle ebenfalls Handlungsbedarf: "Wenn die Zuständigkeiten in der Theorie klar sind, in der Praxis aber Chaos herrscht, muss man das System neu aufstellen", sagte er auf dpa-Anfrage.

"Die vergangenen Wochen haben deutlich gezeigt, dass der Winterdienst auf Gehwegen in Berlin nicht gut funktioniert", kritisierte er. "Wir brauchen eine Lösung, die den Flickenteppich beendet und einen flächendeckenden Winterdienst durchsetzt." Eine zentrale Koordination durch die BSR wäre auch aus seiner Sicht sinnvoll.

Mehr Kontrollen und mehr Bußgelder

In ihrem Antrag haben sich CDU und SPD zunächst vor allem darauf verständigt, vom Senat umfangreiche Informationen anzufordern. Unter anderem soll er eine detaillierte Übersicht zu Glatteisunfällen und zu Geldbußen wegen Verstößen gegen die Räumpflicht in den vergangenen fünf Jahren vorlegen.

Auch eine Auswertung der Einsätze von Feuerwehr und Rettungsdiensten sowie der Krankenhäuser in diesem Zeitraum wird eingefordert. Gleichzeitig soll der Senat daraus Schlüsse für mögliche Gesetzesänderungen ziehen und entsprechende Entwürfe vorlegen.

Um die Räumpflicht durchzusetzen, sollen unter anderem Kontrollen und Bußgelder erheblich verstärkt werden. Außerdem soll der Senat ein Konzept entwickeln, das einen qualifizierten Winterdienst nach einheitlichen Standards sicherstellt.

Der Senat soll dafür prüfen, ob die Berliner Stadtreinigung (BSR) personell und technisch in die Lage versetzt werden kann, gegebenenfalls zu weiteren Unterstützungen insbesondere auf öffentlichen Flächen herangezogen zu werden.

Bereits in der vergangenen Woche hatten CDU- und SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, um das Berliner Straßenreinigungsgesetz zu ändern. Künftig soll der Einsatz von Streusalz auf Gehwegen nicht mehr grundsätzlich untersagt sein.

dpa

Mehr Kontrollen und mehr Bußgelder


In ihrem Antrag haben sich CDU und SPD zunächst vor allem darauf verständigt, vom Senat umfangreiche Informationen anzufordern. Unter anderem soll er eine detaillierte Übersicht zu Glatteisunfällen und zu Geldbußen wegen Verstößen gegen die Räumpflicht in den vergangenen fünf Jahren vorlegen.

Auch eine Auswertung der Einsätze von Feuerwehr und Rettungsdiensten sowie der Krankenhäuser in diesem Zeitraum wird eingefordert. Gleichzeitig soll der Senat daraus Schlüsse für mögliche Gesetzesänderungen ziehen und entsprechende Entwürfe vorlegen.

Um die Räumpflicht durchzusetzen, sollen unter anderem Kontrollen und Bußgelder erheblich verstärkt werden. Außerdem soll der Senat ein Konzept entwickeln, das einen qualifizierten Winterdienst nach einheitlichen Standards sicherstellt.

Der Senat soll dafür prüfen, ob die Berliner Stadtreinigung (BSR) personell und technisch in die Lage versetzt werden kann, gegebenenfalls zu weiteren Unterstützungen insbesondere auf öffentlichen Flächen herangezogen zu werden.

Bereits in der vergangenen Woche hatten CDU- und SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, um das Berliner Straßenreinigungsgesetz zu ändern. Künftig soll der Einsatz von Streusalz auf Gehwegen nicht mehr grundsätzlich untersagt sein.

Datum: 16.02.2026	Medium: rbb
	Autor: Samira El Hattab Thema: Johannes Kraft

Neue Straßenbahn
Urbanliner-Start abgesagt


Mo 16.02.2026 | 19:30 | rbb24 Abendschau



Eigentlich sollte heute mit großem Tamtam die neue Straßenbahn "Urbanliner" vorgestellt werden: mit Bürgermeister, BVG-Chef und Senatorinnen. Am Samstag wurde die Premiere nun kurzfristig abgesagt. Dabei ist der Urbanliner bereits viel später dran, weil die Wagen schwerer als die Vorgänger sind und die Statik der Brücken geprüft werden musste. Was ist nun der Grund für die erneute Verschiebung?

Den Beitrag von Samira El Hattab können Sie hier sehen:

https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20260216_1930/urbanliner-start-abgesagt.html

Datum: 16.02.2026	Medium: radioeins rbb
	Autor: Thema: Johannes Kraft

Kritik aus Abgeordnetenhaus

Start für extralange BVG-Straßenbahn verschiebt sich erneut

Die Radiosendung können Sie hier hören:

<https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2026/02/bvg-tram-urbanliner-spaeter-kritik-abgeordnete.html>

Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus kommt Kritik, weil die neue, besonders lange Straßenbahn der BVG nicht wie geplant ab Montag einsatzbereit ist.

"Die erneute Verzögerung der Urbanliner-Premiere ist ein hausgemachtes Berliner Problem", sagt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Johannes Kraft**. BVG und Technische Aufsichtsbehörde (TAB) müssten ihre Kommunikation dringend verbessern. "Es muss jetzt schnell eine Lösung gefunden werden, um die Urbanliner auf die Schiene zu bekommen", fordert Kraft gegenüber dem rbb.

Eigentlich sollten die ersten Urbanliner-Bahnen am Montag in Betrieb gehen. Das wurde Samstagabend aber kurzfristig abgesagt, weil die endgültige Zulassung noch fehlt. Woran es hakt, teilte die BVG nicht mit, nur so viel: es seien "noch weitere Punkte gemeinsam mit der Aufsichtsbehörde zu überprüfen und Nachberechnungen durchzuführen". Verständnis für die Verschiebung kommt von der Grünen-Fraktion. "Ich würde immer sagen: "Safety first - Sicherheit hat Vorrang!", meinte Verkehrsexpertin Antje Kapek.

Bei der Vorstellung der extralangen Tram vor fast zwei Jahren hatte es noch geheißen, die ersten Züge sollen im ersten Quartal 2025 fahren. Seitdem wurde die Inbetriebnahme mehrfach verschoben.

Die neuen Urbanliner-Bahnen sollten zunächst auf der Linie M4 zwischen Hohenschönhausen und Hackescher Markt eingesetzt werden. Sie sind zehn Meter länger, leiser und bieten Platz für mehr als 300 Fahrgäste. Die bisherigen Straßenbahnzüge bieten je nach Länge Platz für etwa 190 bis 250 Personen.

Datum: 14.02.26	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Manuela Anders-Granitzki

Was auf die Anwohner zukommt

Der Bezirk Pankow plant umfangreiche Bauprojekte noch in diesem Jahr – ein Überblick

Laura Wagener

Pankow. Neue Wohnungen, verkehrsberuhigte Kieze und die Sanierung maroder Brücken: Berlin steht vor zahlreichen Bauprojekten. Besonders in Pankow sind umfangreiche Veränderungen geplant. Pankow ist mit mehr als 420.000 Menschen bereits jetzt der einwohnerstärkste Bezirk. Im Zuge dessen muss Wohnraum her, der mit Projekten wie dem „Pankower Tor“ geschaffen werden soll. Investor Kurt Krieger und die Stadt wollen hier mehr als 2000 neue Wohnungen errichten. Laut Baustadtrat Cornelius Bechtler (Bündnis 90/Die Grünen) befindet sich der Bebauungsplan hierfür 2026 in der Endphase.

Vier weitere Bauprojekte, bei denen sich die Arbeiten an den Bebauungsplänen dem Ende zuneigen: Sommerbad Pankow: Dort ist eine Schwimmhalle mit 25-Meter-Becken und fünf Bahnen geplant. Breite Straße 35/35A: Auf der Brache soll künftig ein neues Wohnquartier entstehen. Bis zu 120 Wohnungen und Platz für Büros und gastronomische Angebote plant der Bezirk. Reinhold-Burger-Oberschule: Geplant ist die Erweiterung des Schulstandorts durch einen Ergänzungsneubau. Kulturbrauerei: Mit einem Bebauungsplan will der Bezirk die Nutzungsverteilung absichern und dafür sorgen, dass langfristige Fläche für Kultur und nichtkommerzielle Angebote erhalten bleibt. „Spatenstiche können für diese Vorhaben für dieses Jahr allerdings noch nicht zugesichert werden“, betonte Bechtler. Zudem soll 2026 die Rahmenplanung für das Gebiet Blankenburg abgeschlossen werden. Der Bezirk erarbeitet derzeit ein Konzept zur Entwicklung des Gebiets. Auf der Zielgeraden befindet sich der Neubau der Jugendfreizeitanlage Maxim im Langhansviertel. Laut Bechtler sollen die Arbeiten noch in diesem Jahr fertig werden.

„Aufgrund der Haushaltssperre können derzeit keine Straßenneubauprojekte aus der Investitionsplanung begonnen werden“ – das teilt ein Sprecher von Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) auf Morgenpost-Anfrage mit. Momentan sei deshalb nur der Bau eines Gehwegs in der Margarete-Sommer-Straße zwischen Danziger Straße und Virchowstraße in Arbeit. Hunderte Brücken in Berlin müssen neugebaut oder saniert werden, viele von ihnen sind mar-



Pankows größte aktuelle Brückenbaustelle: Am S- und U-Bahnhof Schönhauser Allee muss die Überführung des Ringbahngrabens erneuert werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

rode. So befindet sich die Dunckerbrücke in Prenzlauer Berg in einem dermaßen schlechten Bauzustand, dass ein kompletter Rückbau und anschließender Ersatzbau erfolgen müssen. Baubeginn ist laut Verkehrsensatsverwaltung für Anfang des zweiten Quartals vorgesehen, also voraussichtlich im April 2026. Das wohl größte Brückenbauprojekt im Bezirk: der Neubau der Schönhauser-Allee-Brücke. Der gesamte Umbau soll sich über gut sechs Jahre ziehen – und massive Auswirkungen für Pendler haben. Bereits Ende 2026 soll der Rückbau starten, bevor 2027 der Wiederaufbau der Brücke beginnt, so die Senatsverwaltung.

Keine neuen Poller, dafür zwei Kiezblocks

Laut Stadträtin Anders-Granitzki sind vorerst keine weiteren Pollersperrungen im Bezirk geplant. Dafür wird es ab 2026 zwei neue Kiezblocks geben: Im Arnimkiez will das Bezirksamt den Durchgangsverkehr aus der Nachbarschaft heraushalten. Dazu sind mehrere Einbahnstraßen geplant. Im westlichen Teil soll zudem eine Fahrradzone entstehen. Anlieger sind jedoch weiter zugelassen, Stellplätze sollen nicht entfallen. Auch im Wimsviertel soll noch in diesem Jahr ein lange geplanter und von Anwohnern gewünschter Kiezblock entstehen. Weitere De-

tails nannte Baustadtrat Bechtler hierzu nicht. Beim Kiezblock Kompostenviertel soll zudem die zweite Stufe umgesetzt werden. Nachdem zunächst Einbahnstraßen eingerichtet wurden, sollen nun Diagonalsperren dazu beitragen, den Straßenverkehr zu lenken und Missachtungen der Einbahnstraßen zu vermeiden.

Zwei neue Fahrradstraßen sollen in den kommenden Monaten entstehen. Die erste wird ab diesem Frühjahr an der Hufelandstraße eingerichtet und im zweiten Quartal fertiggestellt, heißt es seitens infraVelo. Auch die Saarbrücker Straße soll noch in diesem Jahr zur Fahrradstraße umgebaut werden, wie Stadträtin Anders-Granitzki der Morgenpost mitteilte.

Bereits im vergangenen Jahr hatten die Berliner Wasserbetriebe (BWB) mit umfangreichen Leitungsarbeiten rund um die Knaackstraße begonnen. Noch bis Ende 2027 sollen sich die Arbeiten ziehen, mit erheblichen Einschränkungen für den Verkehr. Weitere Baustellen der BWB kommen in diesem Jahr dazu. Hier eine Auswahl: Berliner Straße 86/Hallandstraße in Pankow: Ab Februar bis voraussichtlich Juli wird hier ein Rohrschaden behoben, die Fahrbahn in Richtung Norden wird vollständig gesperrt. Romain-Rolland-Straße und Rennbahnstraße: Ab Oktober 2026 werden hier mehr als 1300 Meter Trinkwasserleitung erneuert, hinzu

kommen Kanalarbeiten. Bis Mai 2028 ist hier mit einer halbseitigen Fahrbahnsperre in fünf Bauphasen zu rechnen. Schönhauser-Allee-Brückenbau: Im Zuge der Bauarbeiten an der Brücke und der Erneuerung von Trinkwasserleitungen kommt es zu einer halbseitigen Fahrbahnsperre von Dezember 2026 bis August 2027. Margarete-Sommer-Straße in Prenzlauer Berg: Die aktuelle Vollsperrung der Straße im Zuge einer Muldenplanung soll bis Oktober 2026 aufgehoben sein.

Weitere (teilweise) Sperrungen könnte es dieses Jahr im Rahmen von Fahrbahnsanierungen geben, über die das Bezirksamt informiert: Hobrechtsfelder Chaussee: In Höhe des Landschaftsschutzgebiets Moorlinse wird zwischen April und Juni die Fahrbahndecke saniert. Slepnerplatz und Hödurstraße: Hier wird die Fahrbahndeckschicht zwischen Juni und August instandgesetzt. Breite Straße: Zwischen Eintrachtstraße und Ossietzkystraße wird die Fahrbahndeckschicht erneuert, die Arbeiten sollen von Juli bis August dauern. Bötzowstraße: Hier ist von Juli bis September mit Bauarbeiten zu rechnen, betroffen ist der Bereich zwischen Danziger Straße und John-Schehr-Straße. Hansastraße: Eine Instandsetzung soll zwischen Feldmannstraße und Buschallee erfolgen. Zum genauen Zeitraum machte das Bezirksamt keine Angaben.

Datum: 21.02.26	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Manuela Anders-Granitzki

Mehr Bäume für Pankow

Pankow. Im Frühjahr werden im Bezirk erneut zahlreiche Straßen durch 154 Baumpflanzungen aufgewertet. Die Maßnahme erfolgt im Rahmen der Stadtbaumkampagne der Senatsumweltverwaltung. Die Pflanzungen sind unter anderem in folgenden Straßen vorgesehen: Bizetstraße, Dettelbacher Weg, Dietrich-Bonhoeffer-Straße, Eintrachtstraße, Florastraße, Garibaldistraße, Gounodstraße, Hermann-Hesse-Straße, Hertzstraße, Heynstraße, Kavallerstraße, Liselotte-Herrmann-Straße, Majakowskiring, Marienburger Straße, Meyerbeerstraße, Niederstraße, Sachsenstraße, Schillerstraße (Rosenthal), Schloßallee, Schönhauser Allee, Smetanastraße, Tollerstraße, Wolfshagener Straße sowie Zeiler Weg. Dazu Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum: „Mit den 154 neuen Straßenbäumen werden wir zahlreiche Straßen in Pankow sichtbar auf. Bäume prägen das Gesicht unserer Kieze, schaffen angenehme Aufenthaltsorte, verbessern das Mikroklima und tragen dazu bei, dass sich Menschen im öffentlichen Raum wohlfühlen.“ **my**

Datum: 28.02.26	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Jörn Pasternack

„Wir sind alle traurig und fassungslos“

Senat macht im Baumstreit an der Heinz-Brandt-Schule kurzen Prozess und rodet trotz der Proteste im preisgekrönten Schulgarten

Maria Kurth und Sebastian Struwe

Weißensee. „Ja, die Bäume wurden heute Morgen gefällt, unter Polizeischutz“, sagt Schulleiterin Miriam Pech der Morgenpost. „Wir sind alle traurig und fassungslos, dass Kinder scheinbar keine Lobby haben!“ Man mache zahlreiche Bildungsprojekte für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz, Demokratiebildung, erklärt Pech. „Wir können das den Schülern jetzt einfach nicht erklären.“

Nachdem das Verwaltungsgericht entschieden hat, dass Berlin auf dem Schulgelände der Heinz-Brandt-Schule in der Langhansstraße Bäume und Hecken für einen Schulerweiterungsbau roden darf, hat die zuständige Senatsverwaltung am 12. Februar Fakten geschaffen – und den seit Monaten andauernden Streit zwischen Naturschützern und Berlin damit knallhart beendet. Da hilft es den



Der Schulgarten der Heinz-Brandt-Schule: Bäume und Hecken wurden für einen Anbau gerodet.

Heinz-Brandt-Schule

Naturschützern, die die Rodung bisher aufgehalten hatten, auch nicht, dass gegen den Beschluss Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hätte erhoben werden können. Mit dem Urteil war die Rodung rechts-

kräftig – und die acht etwa 100 Jahre alten Bäume des preisgekrönten Schulgartens sind jetzt weg.

Ein Naturschutzverband wollte die Rodung verhindern, da die Bäume und Hecken potenzielle

Fortpflanzungs- und Ruhestätten für geschützte Arten darstellen würden. Das Verwaltungsgericht Berlin wies den Antrag zurück und erklärte in einer hierzu veröffentlichten Mitteilung: „Es drohten keine Artenschutzverstöße.“

Die Bäume zu fällen, sei „rücksichtslos gegenüber der Stadtnatur und den kommenden Schüler*innen-Generationen, die in einem hoch versiegelten Gebiet kaum noch kühlendes Grün und Bäume oder etwa Schulhoffläche vorfinden werden“, sagt die Bundestagsabgeordnete Julia Schneider (Grüne). „CDU und SPD ließen hier 100 Jahre alte Bäume dafür bezahlen, was sie in der Vergangenheit versäumt haben: ausreichend Schulplätze zu schaffen und den Dachausbau zu finanzieren.“ Auch Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DU), findet deutliche Worte. So habe sich einmal mehr die „Beton- und Asphaltpolitik in Pankow“ durchgesetzt. „Natürlich hätte es verschiedene Lösungen gegeben, um neue Schulplätze zu schaffen und gleichzeitig die Schatten spendenden Bäume zu erhalten“, kritisiert Metz. Die Umwelthilfe spricht von „Berliner Betonpolitik“.

Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) begrüßte die Gerichtsentcheidung gegenüber der Morgenpost. Sie zeige, dass vom Umwelt- und Naturschutzamt „rechtssichere klare Auflagen gesetzt wurden, die von der Senatsverwaltung sauber eingehalten wurden“. Und dass die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen für den Artenschutz „erfüllt, sogar übererfüllt“ worden seien. Er spielt auf die Begründung des Gerichts an, die genaue technische Beschaffenheit der einzelnen Nistkästen sowie die Standorte seien schriftlich sowie durch Fotos und auf einem Lageplan dokumentiert. Das Land habe somit die Vorgabe, den Nistkasten vor der Fällung 1:1 zu ersetzen, übertroffen. „Ich freue mich auch für die Vielzahl der Eltern, die frustriert darüber sind, dass wir nicht genügend Schulplätze in Pankow anbieten können“, so Pasternack. Der Schulplatzmangel im Bezirk könne so „etwas abgemildert“ werden.